Geschrieben von: Lorenz
Samstag, den 20. Juni 2020 um 17:48 Uhr

Polizei ist angemessen vorbereitet

Kundgebung aus der rechten Szene heute Abend in Einbeck

Samstag 20. Juni 2020 - **Einbeck (wbn). Eine Person aus der rechten Szene hat in Einbeck für heute Abend eine Kundgebung unter dem Motto "Gegen behördliche Willkür“ angemeldet.**

Dazu Polizeidirektor Michael Weiner, Leiter der Polizeiinspektion Northeim: "Wir sind mit einem angemessenen Kräfteansatz in der Speicherstadt. Diese Versammlungslagen haben nicht erst nach dem Sprengstoffanschlag aus dem rechten Spektrum eine herausragende Bedeutung.

Fortsetzung von Seite 1 Ganz wichtig war der schnelle Fahndungs- und Ermittlungserfolg der Kollegen aus Einbeck und Bad Gandersheim nach dem Anschlag am 10.6.2020. Das war die wesentliche Grundlage für die Haftbefehle der Generalstaatsanwaltschaft. Der Rechtsstaat hat die richtige Antwort gefunden. Diesen konsequenten Weg setzen wir fort." Nachfolgend die Pressemitteilung der Polizei von heute: „Am heutigen Abend findet in der Einbecker Innenstadt von 19.00 Uhr - 21.00 Uhr eine stationäre Kundgebung unter dem Motto "Gegen behördliche Willkür" statt. Die Anmeldung erfolgte bei der Stadt Einbeck von einer Person aus der rechten Szene.

Die Polizeiinspektion Northeim führt aus diesem Grund einen Einsatz mit eigenen Kräften, mit Kräften aus den Inspektionen der Polizeidirektion Göttingen sowie der Bereitschaftspolizei Niedersachsen durch.

Die Beschränkungen nach dem Infektionsschutzgesetz wie das Einhalten eines ausreichenden Abstandes sowie die das Tragen von Mund-Nasen-Bedeckungen sind obligatorisch und alternativlos.

Der Einsatz wird durch Polizeidirektor Michael Weiner, Leiter der Polizeiinspektion Northeim, geführt. "Wir sind mit einem angemessenen Kräfteansatz in der Speicherstadt. Diese Versammlungslagen haben nicht erst nach dem Sprengstoffanschlag aus dem rechten

Spektrum eine herausragende Bedeutung. Ganz wichtig war der schnelle Fahndungs- und Ermittlungserfolg der Kollegen aus Einbeck und Bad Gandersheim nach dem Anschlag am 10.06.2020. Das war die wesentliche Grundlage für die Haftbefehle der Generalstaatsanwaltschaft. Der Rechtsstaat hat die richtige Antwort gefunden. Diesen konsequenten Weg setzen wir fort."